

Wahlprogramm Vergleich: Das versprechen die Parteien in puncto Energiepolitik

Im Zuge der anstehenden Bundestagswahlen am 22. September 2013 hat WechselJetzt.de die Wahlversprechen der Parteien in puncto Energiepolitik verglichen. Dabei wurden die Kernaussagen der jeweiligen Wahlprogramme der Parteien CDU, SPD, GRÜNE, FDP, DIE LINKE, PIRATEN und AfD gegenübergestellt. Diese beziehen sich auf die Themenkomplexe Energiewende, EEG, Energiekosten, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Fracking und Endlager von radioaktiven Abfällen.

Der Vergleich ist ohne jegliche Wertung behaftet und gibt lediglich die in den Wahlprogrammen vorliegenden Aussagen in komprimierter und übersichtlicher Weise wieder. Die Übersicht hat die Absicht den Verbraucher über die energiepolitische Ausrichtung der einzelnen Parteien objektiv zu informieren. Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Quelle: www.WechselJetzt.de; Veröffentlicht am: 12.08.13; Alle Angaben ohne Gewähr

Zur Veröffentlichung frei bei Nennung der Quelle WechselJetzt.de

Bitte kontaktieren Sie uns für Fragen zum Wahlprogramm Vergleich und für weitere Informationen.

WechselJetzt.de | Ein Produkt der Benergy

Am Kaiserkai 1, 20457 Hamburg

www.wechseljetzt.de

Ansprechpartner: Johanna Meier

Tel: 040 – 60 590 121

E-Mail: info@wechseljetzt.de

Energiewende

Die Energiewende bezeichnet den Prozess der Umstellung von der Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Die Energiewende unterliegt damit dem Beschluss der Bundesregierung, die den Atomausstieg bis zum Jahr 2022 festlegte. Die Energiewende gilt als eines der signifikantesten Projekte der Regierung. In der Vergangenheit hat die Umsetzung der ehrgeizigen Pläne jedoch mit vielen Problemen zu kämpfen gehabt. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand die Frage nach der Finanzierung und der Wahrscheinlichkeit einer zeitnahen Realisierung.

Partei und Wahlprogramm Titel	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Erhöhte Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten, Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung
SPD „Das wir entscheidet“	Sozialverträgliche Energiewende mit mehr Planungssicherheit und einer besseren politischen Koordinierung beim Management der Energiewende
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	Echte Energiewende durch nachhaltiges Wirtschaften und saubere, sichere und bezahlbare Energie
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Beschleunigte Energiewende bei Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft; Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sollen im Mittelpunkt stehen
Die Linke "100 Prozent sozial"	Eine Energiewende wird erst richtig nachhaltig, wenn die Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht garantiert ist und Energie durch soziale Staffelung bezahlbar bleibt
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Energiegewinnung durch Kernspaltung beenden. Dies ist in drei Jahren möglich
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	Forderung eines nachhaltigen Energiekonzepts für bezahlbare Energie

EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

Das EEG bildet die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung von regenerativ erzeugtem Strom. Dazu erhalten die Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen einen festen Vergütungssatz für jede produzierte Kilowattsunde. Damit soll das Gesetz für eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung sorgen. Mit Hilfe der EEG-Umlage werden die durch die Förderung entstandenen Kosten auf den Stromendverbraucher umgelegt. Diese Abgabe muss von jedem gezahlt werden, jedoch gibt es Ausnahmeregelungen, welche Unternehmen mit hohem Stromverbrauch von der EEG-Umlage befreien.

Partei	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Weiterentwicklung des EEG mit verlässlichen Rahmenbedingungen ohne Eingriffe in bestehende Anlagen
SPD „Das wir entscheidet“	Reform des EEG: Ausbau soll langfristig und berechenbar durch technischen Fortschritt und Innovation gesichert werden
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	EEG von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Begünstigte Unternehmen sollen Beitrag zur Stabilisierung der EEG-Umlage leisten
Die Linke "100 Prozent sozial"	Im EEG Anreize dafür schaffen, dass regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems dienen
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Zahl der EEG-Umlage befreiten Unternehmen muss deutlich reduziert werden
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	Forderung einer Reform: Sonnen- und Windenergie darf nicht durch Strompreise finanziert werden

Energiekosten

Mit Energiekosten sind die Kosten gemeint, die der Verbraucher für den Bezug von Strom und Gas bezahlt. Nicht zuletzt auf Grund der erhöhten EEG-Umlage und anderen staatlich festgelegten Abgaben liegt der Strompreis in Deutschland derzeit bei einem Rekordwert. Viele andere Faktoren wie Marktbedingungen und Preisentwicklung auf internationalen Rohstoffmärkten haben zudem einen großen Einfluss auf die Bildung der Preise. In die Kritik geraten sind deshalb die großzügigen Ausnahmeregelungen für den industriellen Stromverbrauch, der zwar die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gewährleistet, jedoch eine langfristige Abwälzung der Kosten auf den Endverbraucher unumgänglich macht.

Partei	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Klarheit über Entwicklung der Energiepreise: fairer Wettbewerb, Technologieoffenheit, neue technologische Entwicklungen; Entlastung energieintensiver Industrien
SPD „Das wir entscheidet“	Bezahlbarkeit gewährleisten: Senkung der Stromsteuer; Flexibilisierung der Energienachfrage
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	Energieberatungsangebot; Energieeffiziente Geräte; Subventionsabbau; sinkende Börsenpreise an Verbraucher weitergeben; Regelsätze an Strompreise anpassen
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Absenkung der Stromsteuer; Festlegung von Strompreisen durch Politik nicht als Dauerzustand ansehen; Einführung Strompreisbremse
Die Linke "100 Prozent sozial"	Strompreise werden dem Profitstreben entzogen; Abschaffung von Industrierabatten; Grundkontingent an Strom muss anteilhaft kostenlos sein
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Ziel der Energiepolitik ist es, preisgünstige und umweltfreundliche Energie bereitzustellen
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	Forderung von bezahlbarer Energie; Finanzierung aus allgemeinem Steueraufkommen

Versorgungssicherheit

Mit Versorgungssicherheit in Deutschland ist die durch das Energiewirtschaftsgesetz geregelte „sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Bürger und Bürgerinnen mit Strom und Gas“ gemeint. Um die Versorgungssicherheit mit Elektrizität und Gas zu gewährleisten, müssen ausreichend Strom- und Gasnetze vorhanden sein, die den Transport lückenlos stemmen können. Auch die Erzeugungskapazitäten spielen eine wichtige Rolle, um die Energienachfrage zu decken. Weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau von Speichertechnologien, welche Engpässe verhindern und somit die Versorgung auch garantieren können, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Partei und Wahlprogramm Titel	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Entwicklung von neuen Speichertechnologien und intelligenten Netzen mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken; Bau von großen Stromtrassen und von neuen, effizienten Kraftwerken
SPD „Das wir entscheidet“	Koordiniertes Vorgehen mit zentraler Koordinierungsfunktion der Bundesregierung; Ausbau der Verteilernetze zu intelligenten Leitungssystemen; Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer Deutschen-Netz-Gesellschaft; Förderung von Speichertechnologien
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	Ausbau von innovativen Techniken wie Smart Grids; Verknüpfung der Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität; Ausgleich der Schwankung durch Einsatz von Gaskraftwerken und Speichertechnologien
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein; Unterstützung des Ausbaus von Smart Grids;
Die Linke "100 Prozent sozial"	Energie als Grundversorgung garantiert und sozial gestattet
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Langfristig gesicherte Energieversorgung durch erneuerbare Energien
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	keine Angaben

Energiesparen/ Energieeffizienz

Energieeffizienz beschreibt den Energieaufwand, der zur Erreichung eines bestimmten Nutzens eingesetzt werden muss. Durch Änderungen des Verbraucherverhaltens, verbesserter Energieeffizienz von Gebäuden, Transport und industriellen Verfahren kann es gelingen den Energieverbrauch zu reduzieren und somit durch Energieeinsparungen die Energieeffizienz zu steigern.

Partei und Wahlprogramm Titel	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Gebäudesanierungsprogramm; steuerliche Förderung für private Investitionen bei Gebäudesanierung
SPD „Das wir entscheidet“	Bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern; Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung; Europäische Verbrauchsstandards; Energieberatung und Mikrokredite zur Förderung von energieeffizienten Geräten und Anlagen
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	„Greenwashing“ von Unternehmen entgegenwirken; Aufstockung des Programms für energetische Gebäudesanierung; gesetzliche Grundlage für Energieeffizienzmaßnahmen schaffen; kritische gesellschaftliche Debatte
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Steuerliche Entlastung bei energetischen Gebäudesanierungen; Unterstützung von Energiespeichersystemen
Die Linke "100 Prozent sozial"	Forderung von Speicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Forderung eines Speichergesetzes, um Anreize zum Ausbau von Speichersystemen zu schaffen
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	keine Angaben

Fracking

Der Begriff Fracking stammt aus dem Englischen und bezeichnet das hydraulische Aufbrechen von Gesteinsschichten mittels Chemikalien zur Förderung von Erdöl- und Erdgas. Während Fracking wegen seiner Wirtschaftlichkeit in den USA bereits breitflächig eingesetzt wird, gilt es in Deutschland weiterhin als umstrittene Methode auf Grund nicht erforschter Konsequenzen und potentiellen, langfristigen Gefahren für Mensch und Umwelt.

Partei und Wahlprogramm Titel	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Gefahren für Menschen und Trinkwasser müssen ausgeschlossen werden. Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien wird abgelehnt
SPD „Das wir entscheidet“	Verzicht auf Einsatz von Fracking-Technologien, bis alle Risiken ausgeschlossen wurden.
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	Ablehnung: Behindert Klimaschutz und Energiewende
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Fracking als Chance zum Gelingen der Energiewende, die bei gesellschaftlicher Akzeptanz und Umweltstandards einsetzbar wird.
Die Linke "100 Prozent sozial"	Fracking wird abgelehnt, Verbot soll erlangt werden; Zu große Umweltbelastung
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Fracking wird abgelehnt
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	keine Angaben

Endlager von radioaktiven Abfällen

Die atomare Endlagerung bezeichnet die Entsorgung von radioaktiven Abfällen. Das Endlager ist die Einrichtung, die als Unterbringung für radioaktiven Abfall dient. Dieser Abfall wird umgangssprachlich Atommüll genannt und beinhaltet radioaktive Stoffe, die nicht mehr genutzt werden können oder aufgrund verschiedener Vorgaben nicht mehr verwendet werden dürfen. Bei der Nutzung von Kernenergie entsteht der meiste radioaktive Abfall. Die Suche nach einem Endlager in Deutschland erweist sich als kompliziert. Bisher lagert der Atommüll in Zwischenlagern, die so eingerichtet sind, dass dieser wieder zurückgeholt werden kann.

Partei und Wahlprogramm Titel	Kernaussage
CDU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“	Gemeinsame Endlagersuche mit Bürgern: Standortauswahlgesetz und Einsetzung einer Kommission
SPD „Das wir entscheidet“	Breite gesellschaftliche Beteiligung bei der Suche nach nationalem Atommülllager
GRÜNE „Zeit für den grünen Wandel“	Ergebnisoffen nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent den bestgeeigneten Endlagerstandort suchen; Befürworten von Gorleben entschiedenem Widerstand entgegenbringen
FDP "Bürgerprogramm 2013- Damit Deutschland stark bleibt."	Ergebnisoffen; kein Standort wird von vornherein ausgeschlossen; stufenweises Verfahren zur Prüfung eines geeigneten Standorts; Bürgerbeteiligung und Standortentscheidung durch Bundesgesetz
Die Linke "100 Prozent sozial"	Offene Debatte über Endlager eröffnen; Endlager Gorleben und geplantes Endlager Schacht Konrad müssen aufgegeben werden; Verbot für Atom In- und Export
Piraten "Wir stellen das mal in Frage"	Bundesweite Suche nach wirklich geeigneter Stätte; Atommüll muss bei Bedarf rückholbar sein; Kosten übernehmen Verursacher; Ständige Bewachung des Mülls
AfD "Unser Wahlprogramm" - Alternative für Deutschland	keine Angaben